

Burgenland

E-Mobilität ein Renner

29 Gemeinden sind „e-mobil“

EISENSTADT

E-Fahrzeuge sind in burgenländischen Gemeinden ein Renner, findet Landeshauptmann-Stellvertreter und Gemeindereferent Franz Steindl.

29 Gemeinden haben bereits E-Fahrzeuge angeschafft. Unterstützt wurden sie durch Förderungen aus dem Klima:aktiv-Fonds. Das Land verdoppelt diese Fördersummen, wodurch jede Gemeinde für die Anschaffungen zwischen 400 und bis zu 5000 Euro bekommt. Auch bei der E-Mobilität lautet das Vorhaben von Steindl: 2012 soll die interkommunale Zusammenarbeit gefördert werden.



Foto: Gemeinde Kleinmürbisch

Die Bürgermeister der fünf Gemeinden aus Güssing präsentieren ihren „Dorf Bus“.

Bald fünf Gemeinden aus Güssing wollen mit „Dorf Bus“ Abwanderung eindämmen

Vier Gemeinden sitzen im selben Bus

BEZIRK GÜSSING

Die südburgenländischen Gemeinden im Bezirk Güssing – Großmürbisch, Inzenhof, Kleinmürbisch, Tschanihof und bald auch Neustift bei Güssing – teilen sich einen gemeinsamen Gemeindebus. Weil viele Bewohner mehrere Kilometer von der nächsten öffentlichen Bushaltestelle entfernt wohnen, tingelt der Gemeindebus seit Dezember 2009 durch die Gemeinden. Schüler wer-

den wochentags zu einer Bushaltestelle oder in die Schule gebracht. Drei Mal pro Woche fährt der Bus, in dem neun Fahrgäste Platz haben, nach Güssing. Besonders ältere Bewohner ohne Auto schätzen diesen Service sehr, um Besorgungen oder Arztbesuche zu erledigen. Ähnlich wie bei einem Taxi können die Nutzer anrufen und den Bus bestellen und auch eine Rückfahrt ausmachen. In der Nähe gibt es nämlich

weder Linienbusse noch eine Zuganbindung. Die Gemeinden wollen mit dem „Dorf-Bus“ gegen die Abwanderung kämpfen. Alle Fahrgäste müssen Mitglied im eigens gegründeten Verein „Dorf-Bus“ sein. Für Personen mit Hauptwohnsitz in einer der Mitgliedsgemeinden kostet dies 40 Euro pro Jahr. Einen Zuschuss gibt es vom Land im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms.



Kärnten



Endgültige Entscheidung fällt Post allein

Gemeinde klingelt beim Verwaltungsgerichtshof

SPITAL AN DER DRAU

Die Stadtgemeinde Spittal an der Drau wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Schließung der letzten Postämter. Ende Jänner wird entschieden, ob die beiden letzten Standorte zu Postpartnern werden. Die Gemeinde legte eine Be-

schwerde beim Verwaltungsgerichtshof ein, damit sie in die Verhandlungen einbezogen wird. Bürgermeister Gerhard Köfer ist sich bewusst, dass die Möglichkeiten begrenzt sind: „Wir können aber nichts verhindern, wenn die Post es wirklich machen will.“

Hermagor im Rahmen des ÖREKs ausgezeichnet

Eine ganze Region lernt

HERMAGOR

Das Bildungsprojekt „Lernende Region Hermagor“ wurde als Good Practice-Beispiel im Rahmen des österreichischen Raumentwicklungskonzeptes (ÖREK) ausgezeichnet. Im lernenden Hermagor

setzt man auf die Förderung von naturwissenschaftlichen Akzenten im Laufe der gesamten Schullaufbahn. Jugendliche sollen auch ihre „soft skills“ im Rahmen von Bewerbungstrainings oder auch Sozialprojekten schulen.

KMF investiert 2012 vor allem in KMU

Anreiz, Arbeitsplätze zu schaffen

KLAGENFURT

Fünf Millionen Euro wird der Kärntner Wirtschaftsförderungsfond (KWF) ab 2012 in die Klein- und Mittelbetriebe stecken. Dadurch sollen zusätzliche Jobs in Gewerbe und Industrie geschaffen werden.

Gefördert wird bis zu ein Viertel der Investitionssumme für Projekte, bei denen mindestens zwei Arbeitsplätze geschaffen werden. Der KWF erhofft sich, auf diesem Wege, bis zu 100 Arbeitsplätze zu schaffen.



Niederösterreich

Individuelle und flexible Betreuung

38,5 Millionen für Nachmittagsbetreuung bereit

ST. PÖLTEN

Das neue Jahr bringt für Niederösterreichs Gemeinden Geld für die Nachmittagsbetreuung. Bis zum Schuljahr 2014/15 stehen rund 38,5 Millionen Euro zur Verfügung. Pro Jahr sollen mindestens 25 neue Gruppen geschaffen werden. GVV Niederösterreich-Präsident Alfred Riedl ist besonders stolz, dass die finanzielle Belastung für die Gemeinden abgedeckt werden konnte. „Für unsere Gemeinden ist das ein riesen Impuls.“ Niederösterreichische Gemeinden kön-



Das Land will pro Jahr mindestens 25 neue Gruppen schaffen. Flexibilität für Eltern und Individualität sind wichtig.

nen sich einmalig bis zu 50.000 Euro an Förderung für die Infrastrukturverbesserung abholen. Maximal 8000 Euro Förderung gibt es zusätzlich pro Jahr und Gruppe als Unterstützung für die Personalkosten. Familienlandesrätin Barba-

ra Schwarz verweist auf die Flexibilität ohne Zwang. „Die schulische Nachmittagsbetreuung kann ganz individuell stunden- und/oder tageweise in Anspruch genommen werden, im Gegensatz zu den ganz-tägigen Schulformen.“

Gewerbe und Handwerk

Leichter Aufwind für Lehrberuf

ST. PÖLTEN

Die Zahl der Lehranfänger in Niederösterreich ist gestiegen, wenn auch nur leicht. Besonders beliebt sind Lehrstellen in Gewerbe und Handwerk, auch der Bereich Handel und Industrie wird von Lehranfängern stärker nachgefragt. Insgesamt bieten niederösterreichische Betriebe 230 verschiedene Berufe an. Derzeit gibt es 20.000 Lehrlinge in Niederösterreich. Laut Angaben der Wirtschaftskammer Niederösterreich stehen die Chancen für Unentschlossene gut, jetzt noch einen Ausbildungsplatz zu ergattern.



Oberösterreich

Anreizsystem läuft bis 2015 und begünstigt „schnellentschlossene“ Gemeinden

Lockangebot für mehr Gemeindekooperation

LINZ

Zwangszusammenlegungen von Gemeinden kommen in Oberösterreich nicht infrage. Landeshauptmann Josef Pühringer und sein Stellvertreter Josef Ackerl finden aber, dass bei Gemeindekooperationen in Zukunft deutlich mehr passieren muss. Sie haben ein Anreizsystem verhandelt, das bis 2015 begrenzt ist.

Das Motto: Gemeinden, die „echte Kooperationen“ in Form von Verwaltungsgemeinschaften eingehen, sollen einen finanziellen Vorteil daraus ziehen können. Legen Gemeinden 2012 oder 2013 ihre Verwaltungen beispielsweise in einem gemeinsamen Amtsgebäude



LH-Stv. Josef Ackerl und LH Josef Pühringer wollen kooperationswillige Gemeinden mit einem Anreizsystem „locken“.

zusammen, dann wird ihnen vier Jahre lang 70 Prozent der Landesumlage erlassen. Gemeinden, die sich 2014 und 2015 entschließen, erhalten den Rabatt drei Jahre lang. Weil die Landesumlage von Ein-



Fotos: Land Oberösterreich

wohnerzahl und Finanzkraft abhängig ist, ist der Kostenvorteil unterschiedlich. Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer rechnet, dass auch Finanzstarke stark davon profitieren können.

Weniger Firmeninsolvenzen

Mehr Privatkonkurse 2011

LINZ

Der Schuldengeier landete im vergangenen Jahr wieder verstärkt bei Privatpersonen. 2011 sind in Oberösterreich um 3,5 Prozent mehr Privathaushalte in den Konkurs geschlittert. Dies zeigen Zahlen des „Kreditschutzverbandes von 1870“. Insgesamt gab es 1268 Privatkonkurse. Erfreulicher ist, dass die Zahl der Firmeninsolvenzen im Jahr 2011 um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist. Insgesamt gingen somit 741 Unternehmen in Insolvenz. Der Stand ist der niedrigste seit 2002.



Salzburg

Baubehördliche Genehmigung von Solar- und Photovoltaikanlagen entfällt

Weniger Bürokratie bei Solarenergie

SALZBURG

Bürokratie darf kein Hemmnis für den Ausbau der alternativen Energie sein. Salzburgs Energielandesrat Sepp Eisl hat daher überraschend verkündet, dass die baubehördliche Genehmigung für Solar- und Photovoltaikanlagen künftig entfallen soll. Bisher waren Anlagen bewilligungsfrei, wenn sie nur 25 Prozent der Dachfläche ausmachen, integriert und dachparallel gebaut wurden. In Zukunft dürfen sie größer und aufgestellt sein. Damit geht er auf Forderungen von Gemeinden und Wirtschaftskammer ein, die einen Forderungskatalog entwickelt haben.



Die Bewilligung von Solar- und Photovoltaikanlagen soll in Zukunft unbürokratischer unter Dach und Fach sein.

Gemeindefbund-Präsident Helmut Mödlhammer ist sehr zufrieden: „Es hat sich vielleicht herumgesprochen, dass wir das fordern werden. Und wenn man be-

reits am selben Tag schon eine Reaktion bekommt, etwas besseres kann man sich nicht wünschen.“ Auf Worte müssen jetzt nur noch Taten folgen.

Holzhaus in „Holzgemeinde“

Klopf auf Holz im Gemeindehaus

KUCHL

Der bekannte Architekt Tom Lechner wird dem Gemeindehaus in Kuchl, Tennengau, seine architektonische Handschrift verleihen. Das Haus ist zentral gelegen und wird 2013 fertiggestellt. Neben dem Gemeindeamt beherbergt es auch eine Apotheke und drei Wohnungen. Der Bau besteht zu drei Viertel aus Holz, womit sich die „Holzgemeinde“ Kuchl bestens identifizieren kann. „Man wird Kuchl durch dieses Gebäude verstärkt wahrnehmen, wenn man durchfährt“, ist sich Bürgermeister Andreas Wimmer sicher.



Steiermark



Foto: Landespressedienszt/Jungwirth

Kristina Edlinger-Ploder will, dass Schulen selbst bestimmen, welche gesunden Produkte von den Schulbuffets angeboten werden.

Freiwillige Umstellung ab dem Schuljahr 2012/13

Pilotprojekt „Gesunde Jause“

GRAZ

Pizza, Burger und Pommes sollen von steirischen Schulbuffets verschwinden. Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder hat mit Landesschulratspräsident Wolfgang Ertlitz das Pilotprojekt „Gesunde Schuljause“ gestartet.

Schulen sollen ab 2012/13 freiwillig teilnehmen. Schulleiter, Lehrer und Schüler werden gemeinsam erarbeiten, welche gesunden Lebensmittel angeboten werden. Wenn Umstellungskosten anfallen, werden diese vom Gesundheitsressort übernommen.

Keine Gemeindefmitarbeiter, weil Fusion bevorsteht

Verwaltungs-Nulldiät

REISSTRASSE

„Abgang“ gab es nicht nur in der Region, sondern auch am Gemeindeamt der 180-Einwohner-Gemeinde Reisstraße. Keinen einzigen Mitarbeiter gibt es mehr. Für den Parteienverkehr kommt an zwei Tagen eine

Sekretärin angereist. Die meisten Ansuchen werden an andere Gemeinden ausgelagert. „Im Hinblick auf eine wahrscheinliche künftige Zusammenlegung wollen wir niemanden mehr anstellen“, erklärt Bürgermeister Georg Hofbauer.

79 Prozent wollen Eigenständigkeit der Gemeinde

Auch Gemeinde Kaibling gegen Fusion

KAIBLING

Zu einer Gemeindefusion wird es auch in Kaibling, im Bezirk Hartberg, nicht kommen. 79 Prozent der Gemeindebürger lehnten in einer Volksbefragung gegen eine Zusammenlegung mit den Nachbargemeinden aus. 318 Personen waren

wahlberechtigt.

Der Bürgermeister von Kaibling, Josef Lind, sprach sich im Vorfeld gegen eine Zusammenlegung aus. Er will stattdessen noch enger mit den Nachbargemeinden kooperieren und weiterhin schuldenfrei bilanzieren.



Tirol

Mitbenützung statt Neubau

Rezyklieren ohne Kirchturmdenken

KUFSTEIN/ SCHWOICH
Kufstein teilt seinen neuen Recyclinghof mit der kleinen Nachbargemeinde Schwoich. Der Schwoicher Gemeinderat beschloss die Mitbenützung gegen eine jährliche Pauschale. „Wir standen vor der Entscheidung, uns entweder an Kufstein zu beteiligen oder einen neuen Recyclinghof zu bauen“, erklärt Josef Dillersberger, Bürgermeister von Schwoich. „Es freut mich sehr, dass die Schwoicher Politik von einem Kirchturmdenken weit entfernt ist und unseren Recyclinghof mitbenützt“, so Kufsteins Bürgermeister Martin Krumschnabel.



LH-Stv. Anton Steixner gratuliert den 16 „senior mobil“- Absolventen und will die Mobilität älterer Menschen verbessern.

Foto: Klimabündnis Tirol

Ältere sollen Scheu vor neuen Angeboten überwinden

Senior-Mobilitätsberater

INNSBRUCK
16 Senioren wurden als Mobilitätsberater im Rahmen des Projektes „Senior mobil“ ausgezeichnet. Sie sollen Altersgenossen bei der Fahrplansuche, beim Ticketkauf oder bei der Angebotsabfrage behilflich sein. Landeshauptmannstellvertreter Anton Steix-

ner lobte den Einsatz der 16 Senioren und hat hohe Ziele: „Damit können noch mehr ältere Menschen von unserem umfangreichen Mobilitätsangebot Gebrauch machen und die Scheu überwinden, die neuen Techniken für diese Serviceangebote zu nützen“, so Steixner.

Felsstürze und Lawinen

35 Millionen für Schutzbauten

INNSBRUCK
Im Jahr 2011 hat Tirol rund 35 Millionen Euro in neue Schutzbauten, beispielsweise gegen Felsstürze und Lawinen, investiert. Das größte Projekt ist nach Informationen des Landes die Felssicherung Grüble in der Gemeinde Kappl im Paznaun. Für insgesamt 1,1 Millionen Euro wurde eine Steinschlagverbauung mit 270 Metern Steinschlagnetzen errichtet. Auf Lawinenschutz wird im gebirgigen Tirol besonders viel Wert gelegt. Beim Katastrophenschutz zu sparen, wäre ein fatales Zeichen, heißt es seitens des Landes Tirol.



Vorarlberg

Vier Gemeinden teilen sich eine Finanzverwaltung

Gevierteltes Verwaltungsleid

GÖFIS, WEILER, DÜNSERBERG, ZWISCHENWASSER
Die vorarlbergischen Gemeinden Zwischenwasser, Weiler, Göfis und Dünserberg schließen eine Verwaltungsgemeinschaft. „Mit der Kooperation wollen wir uns jetzt für die finanztechni-

schen Herausforderungen der Zukunft wappnen“, erklärt Josef Mathis, Bürgermeister von Zwischenwasser. Mit geballter Kraft lassen sich die steigenden Anforderungen viel besser bewerkstelligen und das Bürgerservice verbessern.



Im neuen Jahr 2,3 Millionen Euro Schulden tilgen

Spar- statt Glücksschwein

Soziale Staffelung entlastet niedrige Gehälter

Im Schnitt 3,1 Prozent mehr Gehalt

BREGENZ
Mitte Dezember haben die Gehaltsverhandlungen für Vorarlbergs Gemeindebedienstete ein erfreuliches Ende genommen. Mit einem Zuwachs von durchschnittlich 3,1 Prozent liegt der Abschluss über dem Ergeb-

nis der Beamtenverhandlungen. Gewerkschaftsvertreter Wolfgang Stoppel ist zufrieden, dass es keine Nulllohnrunde wie in anderen Bundesländern geworden ist. Die soziale Staffelung führt dazu, dass geringere Einkommen entlastet werden.

HOHENEMS
In der Gemeinde Hohenems wird im Jahr 2012 der Sparstift angesetzt. Die Schulden sollen um 2,3 Millionen Euro auf 36 Millionen Euro sinken. Die Pro-Kopf-Verschuldung soll um 147 Euro sinken. Das Rezept: Steigende Ertragsan-

teile, eine gute Entwicklung bei der Kommunalsteuer und ein Zurückfahren der Investitionen. Bürgermeister Richard Amann ist froh, dass der kontinuierliche Schuldenabbau durch den eisernen Sparwillen weiter voranschreitet.

